

Stellungnahmen der Anzuhörenden

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 29.05.2019

Gesetzentwurf

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Verbesserung der Kooperation von Körperschafts- und Privatwaldbetrieben beim Verkauf von Holz und in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen

– Drucks. [20/396](#) –

Stellungnahme des BUND Hessen e.V. vom 27.05.2019

zum Gesetzentwurf „Gesetz zur Verbesserung der Kooperation von Körperschafts- und Privatwaldbetrieben beim Verkauf von Holz und in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen“ – LT-Drucks. 20/396

Der BUND Hessen begrüßt die Intention des Gesetzentwurfs.

Begründung

Durch das Ergebnis des Kartellrechtsverfahrens können die bisherigen bewährten Strukturen der Holzvermarktung über die staatlichen Forstämter leider nicht beibehalten werden. Die Folge ist, dass die Idee des „Einheitsforstamt“, das sowohl hoheitliche wie auch betriebliche Aufgaben wahrnimmt, weiter und dieses Mal ganz erheblichen Schaden nehmen wird.

Gesichert wie bisher ist künftig nur noch die Holzvermarktung aus dem Staatswald. Für andere Waldbesitzarten gilt dies nicht mehr. Hier müssen Hilfskonstruktionen gefunden werden, damit diejenigen Waldbesitzer, die dies wünschen, zumindest in geänderter Form auf die Dienstleistung von HessenForst zurückgreifen können. Der Gesetzentwurf wird von uns unterstützt, weil er hierzu beitragen wird.

Im BUND Hessen wurde auch diskutiert, ob der bayerische Weg mit einer konsequenten Trennung von Staats-, Privat- und Kommunalwald der bessere Weg wäre, um dies Ziel zu erreichen. Hierzu gab es keine abschließende Meinungsbildung. Als Ergebnis dieser Diskussion möchten wir aber anregen, die von den Bundesländern eingeschlagenen Wege zur Milderung der Probleme auszuwerten und erfolgreiche Schritte zu einem späteren Zeitpunkt auf Hessen zu übertragen.